



Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ausstiegsprogramm „Agro-Gentechnik“ für Sachsen-Anhalt

Im Jahr 2012 lagen alle Felder mit gentechnisch-veränderten Pflanzen (gv-Pflanzen) in der Bundesrepublik Deutschland im Land Sachsen-Anhalt. Im deutschlandweiten Standortregister sind mit Datum vom 29. Januar 2013 drei Anmeldungen zu finden, die ausschließlich auf Flächen in Sachsen-Anhalt vorgesehen sind.

Kein Zufall, denn in Sachsen-Anhalt wurde seit Jahrzehnten trotz erheblicher Bedenken und Ablehnung in der Mehrheit der Bevölkerung in diese Technologie investiert. Forschungseinrichtungen, Betriebe und sogar reine Lobbyverbände wurden mit hohen Summen gefördert - trotz wirtschaftlichem Misserfolg. Deshalb ist ein Ausstiegsprogramm „Agro-Gentechnik“ erforderlich - so wie es von anderen Bundesländern bereits eingeleitet wurde.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten darauf hinzuwirken, dass

1. das Land Sachsen-Anhalt und alle zum Land gehörenden Institutionen ihre Aktivitäten zur Entwicklung und Anwendung von gentechnisch veränderten Organismen beenden und in allen Organisationen beantragen, in denen sie Mitglied sind oder mitarbeiten - sofern diese für die Agro-Gentechnik eintreten, werben, diese entwickeln oder anwenden - dass diese Tätigkeiten beendet werden. Sollte das nicht geschehen, beantragen sie zum nächstmöglichen Zeitpunkt den Austritt bzw. beenden die Mitarbeit.
2. das Land Sachsen-Anhalt und alle zum Land gehörigen Institutionen zum nächstmöglichen Zeitpunkt alle Pachtverhältnisse mit Personen, Betrieben und Institutionen beenden, die mit der Agro-Gentechnik oder an der Entwicklung der Agro-Gentechnik arbeiten.
3. ein Maßnahmenplan erstellt wird, der den Ausstieg in Sachsen-Anhalt tätiger Vereine, Betriebe oder Organisationen aus der Entwicklung und Anwendung der Agro-Gentechnik fördert. Dieser Ausstiegsplan zielt auf:

(Ausgegeben am 13.02.2013)

- a) die Stärkung der gentechnikfreien Züchtungsforschung an landeseigenen Institutionen mit dem Ziel insbesondere solche Pflanzen zu entwickeln, die der regionalen Versorgung mit Eiweißpflanzen, einer standortangepassten Sortenvielfalt und einer chemikalienarmen Landbewirtschaftung dienen.
- b) die Umwandlung von Werbeflächen für die Agro-Gentechnik, u. a. den Schau-garten in Üplingen samt dazugehörigem als „Dorfbegegnungsstätte“ geförder-tem Tagungszentrum, in Schulungs- und Anschauungsflächen für standortge-rechte Sortenvielfalt und umweltschonende Landbewirtschaftungsverfahren.

Begründung

Sachsen-Anhalt hat jahrelang mit eigenen Landesmitteln sowie mit Bundesmitteln künstlich die wirtschaftlich erfolglose, umwelt- und gesundheitsgefährdende Agro-Gentechnik vorangetrieben. Landwirtschaftliche Einrichtungen, Universitätsinstitute und etliche spezialisierte Firmen sind in Abhängigkeit von diesen Geldflüssen gera-ten.

Sachsen-Anhalt ist seit mehreren Jahren die Hauptregion von Feldern mit gentech-nisch veränderten Pflanzen. Die konkreten Anwendungen gefährden die in Sachsen-Anhalt wichtige Züchtungsforschung und Saatgutgewinnung. Gentechnisch verän-deretes verseuchtes Saatgut hätte kaum mehr Verkaufschancen. Ein wirtschaftlicher Schaden wäre zu befürchten.

Das Land Sachsen-Anhalt trägt eine erhebliche Schuld an dieser Entwicklung. Daher trägt es auch die Verantwortung, die betroffenen Betriebe, Institutionen, Lehr- und Forschungsanstalten, Landwirtinnen und Landwirte und Organisationen aus dieser Sackgasse zu befreien. Das Ausstiegsprogramm „Agro-Gentechnik“ für Sachsen-Anhalt soll das möglich machen. Andere Bundesländer haben diese Schritte bereits eingeleitet. Sachsen-Anhalt droht hier den Anschluss zu verlieren. So hat das Bun-desland Mecklenburg-Vorpommern, bis vor wenigen Jahren wie Sachsen-Anhalt in der Agro-Gentechnik-Förderung aktiv, den Umbau der dafür geschaffenen Infrastruk-tur (beispielsweise das AgroBioTechnikum in Groß Lüsewitz) für andere landwirt-schaftliche Ziele angekündigt.

Das Züchtungsforschungsland Sachsen-Anhalt darf nicht wegen ideologischer Ver-bohrtheiten und profitgetriebener Verliebtheiten in zukunftsuntaugliche Techniken abgleiten.

Prof. Dr. Claudia Dalbert
Fraktionsvorsitzende